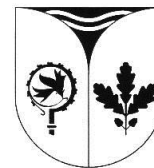


**Stadt Schwentinental**  
**Die Bürgermeisterin**



<b>Beratungsart:</b>	<b>X</b>	<b>öffentlich</b>		<b>nicht öffentlich</b>
----------------------	----------	-------------------	--	-------------------------

<b>Sachstandsmitteilung</b>	<b>Nr.:</b>	<b>038/2014</b>	<b>Datum:</b>	<b>24.02.2014</b>
-----------------------------	-------------	-----------------	---------------	-------------------

<b>Empfänger:</b>			
<b>Nr.</b>	<b>-</b>	<b>Stadtvertretung / Fachausschuss</b>	<b>Sitzungstag</b>
1		Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales	
2		Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften	
3		Ausschuss für Umwelt, Verkehr, öff. Sicherheit u. Kleingartenwesen	
4		Ausschuss für Bauwesen	
5		Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen	
6		Hauptausschuss	
7	x	Stadtvertretung	27.02.2014

<b>Schluss- und Mitzeichnungen:</b>		
gez. Leyk		
Bürgermeisterin	Amtsleiter/in	Sachbearbeiter/in

**1. TOP:**

Aufwandsentschädigung für die Ortswehrführer und deren Stellvertretung

**2. Sachstand:**

Die Entschädigung der Wehrführungen der freiwilligen Feuerwehren ist geregelt in der Landesverordnung über die Entschädigung der freiwilligen Feuerwehren und ihrer Stellvertretungen (EntschVOFF). Sie gliedert sich in die Entschädigung für den Aufwand an Zeit und Arbeitsleistung und das mit dem Ehrenamt verbundene Haftungsrisiko (Aufwandsentschädigung) sowie ein Kleidergeld, bestehend aus der Ersteinkleidung und einer monatlichen Pauschale für Abnutzung und Reinigung.

Die Höhe der Aufwandsentschädigung richtet sich nach dem übernommenen Ehrenamt (Kreis-, Stadt-, Amts-, Gemeinde- und Ortswehrführungen und ihre Stellvertretungen) sowie nach der Anzahl der Einwohner der Kommune/ des Amtes.

Weiterhin ist geregelt, dass die Ortswehrführungen höchstens ein Drittel der Entschädigung der Gemeindewehrführung erhalten dürfen.

Die jeweiligen Stellvertretungen erhalten eine Aufwandsentschädigung, die vom Grundsatz her höchstens die Hälfte der Aufwandsentschädigung der jeweiligen Wehrführung betragen darf.

Die in der Verordnung zugelassenen Entschädigungen sind, sofern dort nichts anderes bestimmt ist, Höchstsätze, die nur mit Zustimmung der zuständigen Fachaufsicht, in Falle Schwentinental des Kreises Plön, überschritten werden dürfen.

Vor der Fusion erhielten die damaligen Gemeindeführer der Gemeindeführer Klausdorf und Raisdorf, die in der EntschVOF enthaltenen Höchstsätze. Für den Raisdorfer Wehrführer waren dies zum damaligen Zeitpunkt 174 €, Stellvertreter 87 € und für den Klausdorfer Wehrführer 159 €, Stellvertreter 79,50 €.

Mit der Fusion wurden die Gemeindeführer zu Ortsfeuerwehren und im Zuge der Umwandlung hätten auch die Entschädigungen jeweils um zwei Drittel der bis dato gewährten Sätze reduziert werden müssen, obwohl der Aufwand und der Verantwortungsbereich für die beiden Schwentinentaler Wehren gleich blieben.

Das haben die damaligen Bürgermeister der Gemeinden Klausdorf und Raisdorf zum Anlass genommen, einen Antrag auf Beibehaltung der Höhe der Aufwandsentschädigung zu stellen. Nach längeren Verhandlungen mit dem damaligen Landrat konnte erreicht werden, dass der Kreis im Juli 2008 einer Ausnahmegenehmigung, allerdings begrenzt bis zum Frühjahr 2014 (Amtszeit der damaligen Ortswehrführer), zustimmt. Die Beträge wurden in die Entschädigungssatzung der Stadt übernommen.

In 2013 wurden die Entschädigungssätze in der EntschVOF erhöht. Die Erhöhung konnte an die Gemeindeführer weiter gegeben werden, an die Ortswehrführer wegen der bestehenden Ausnahmeregelung und der in der Satzung der Stadt enthaltenen Beträge aber nicht.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 wurde ein Antrag auf Verlängerung bzw. Entfristung der Ausnahmeregelung über das Jahr 2014 hinaus gestellt.

Dieser Antrag wurde durch den Kreis Plön im Einvernehmen mit dem Kreiswehrführer abgelehnt. Hiergegen hat die Verwaltung Widerspruch eingelegt und in Zusammenarbeit mit den Wehrführern eine Begründung erarbeitet, die zwischenzeitlich dem Kreis Plön übermittelt wurde.

#### Zum weiteren Verfahren:

Sofern der Kreis Plön dem Widerspruch nicht abhilft und den Antrag nicht genehmigt, stehen weitere Rechtsmittel zur Verfügung.

Alternativ könnte die damit verbundene Ungleichbehandlung und die der Arbeit der Ortswehrführer in der Höhe nicht gerecht werdende Aufwandsentschädigung durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden. Das könnte z.B. durch die Gewährung einer ergänzenden Entschädigung oder möglicherweise über den geplanten und in Vorbereitung befindlichen „Motivationstopf“ erfolgen. Die Machbarkeit bedarf allerdings weiterer Prüfungen, die derzeit im Hauptamt vorgenommen werden.